



ArbeitsGemeinschaft der Familienverbände
in Niedersachsen

Der Präsident des Niedersächsischen
Landtags
-Landtagsverwaltung –
Herrn Horn
per Mail

Hannover, den 22.01.15

Partizipation von Jugendlichen in Niedersachsen fördern und ausbauen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs.
17/2162, hier: Stellungnahme der AGF

Sehr geehrter Herr Horn,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und möchten gerne folgende
Standpunkte zu der Debatte beisteuern:

Generell halten die Familienverbände es für sinnvoll, in einer alternden Gesellschaft die
nachwachsende Generation stärker und früher in die Verantwortung für das Gemeinwesen
einzubeziehen. Dieses ist für eine bessere quantitative Repräsentanz in der demokratischen
Meinungsbildung unverzichtbar.

Viele Kinder und Jugendliche sind heute schon gut informiert in ihren Belangen. Das
Interesse, sich auch darüber hinaus mit politischen Themen zu befassen, kann sicher durch
reale Mitentscheidungsmöglichkeiten noch gesteigert werden.

Zu 5.:

Begleitend zu einer Absenkung des Wahlalters müsste die politische Bildung in der
Altersgruppe 13-16 stark intensiviert werden, damit die Jugendlichen in die Lage versetzt
werden ihr Stimmrecht verantwortungsvoll wahrzunehmen.

Nach unserer Einschätzung motiviert zurzeit das vorgezogene Kommunalwahlrecht, sich mit
den kommunalpolitischen Themen mehr zu befassen als das ohne Wahlrecht der Fall wäre.
Ähnliche Effekte sind auch für das vorgezogene Landeswahlrecht zu erwarten.

Zu 9. Vernetzung Jugendhilfe/Schule/kommunale Netzwerke:

Die AGF ist der festen Überzeugung, dass die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure verbindlich und nachhaltig gefördert, unterstützt werden muss. Wir haben in der Vergangenheit mehrfach kritisch darauf hingewiesen, dass Jugendhilfe und Schule weitgehend ohne Abstimmung neben einander her arbeiten, was speziell im Zusammenhang mit dem Ganztagschulausbau nicht konstruktiv ist. Es hakt nach unserer Erfahrung bereits häufig bei der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Betreuungskräften in den verlässlichen Grundschulen. Hier geht es darum, unterschiedliche Trägerschaften, Fachsprachen und Berufskulturen zusammen zu führen. Nach unserer Kenntnis ist das MK dabei, in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Rechtsrahmen zu entwickeln, der dies ermöglicht. Inwieweit dieser Rahmen auch die Einbeziehung kommunaler Netzwerke ermöglichen und regeln kann, ist aus unserer Sicht offen.

Durch zunehmende Ganztagsbeschulung wird die Schule für immer mehr Kinder und Jugendliche zu einem Lebensort, an dem sie den größten Teil ihrer aktiven Zeit verbringen. Hier muss die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und auch der Eltern intensiviert werden über die Mitgliedschaft in den Schulvorständen hinaus.

In diesem Zusammenhang ist uns auch der Hinweis wichtig, dass es wenig sinnvoll ist, regelmäßig neue Modellprojekte zu fördern, solange die grundlegenden Strukturen der Beratung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen nicht nachhaltig und auskömmlich finanziert sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Monika Placke
Vorsitzende